Ralf Frensel

Von: SPD-Ortsverein Eickel <ralf.frensel@gmx.de>
Gesendet: Dienstag, 5. Juli 2016 13:21
An: ralf.frensel@gmx.de
Betreff: NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-07-05
Anlagen: CETA.pdf; sn_holecek16.pdf; Newsletter050616last.pdf

SPD Ortsverein Eickel

NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-07-05

Homepage # Termine # Kontakt

Lieber Ralf,

ich möchte dich herzlich ncht zu unserer nächsten Vorstandssitzung einladen. ;O))

Für Donnerstag, den 14. Juli ist laut Terminplan eine Vorstandssitzung angesetzt. Ich möchte diesen Termin absagen, da wir uns schon einen Tag später zum Reibekuchenessen treffen. Ich gehe davon aus, dass dies auch in eurem Sinne ist.

Leider stand auch in diesem Jahr unser Sommerfest im Dorneburger Park unter keinem guten Stern. Diesmal wurde es uns verhagelt – im wahrsten Sinne des Wortes.
Ich danke allen füt die vielen Vorbereitungen! Ich denke, dass alle dann einen schönen Kaffee- und Kuchen-Nachmittag hatten.

Ich möchte dich über aktuelle Termine und Themen informieren.

CETA

Siehe angehängte PDF-Datei.

Der Link aus der PDF-Datei. LINK.

Der aktuelle Stand. LINK.

Stadtbezirk Eickel

Arbeitsgemeinschaft der Senioren
- 60plus # LINK

Einladung siehe angehängte PDF-Datei.

Michelle Müntefering, MdB

Newsletter siehe angehängte PDF-Datei.

Mit freundlichen Grüßen
Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)

SPD-Ortsverein Eickel
Vorsitzende Elisabeth Majchrzak-Frensel
Veilchenweg 36
D-44651 Herne
FON: +49 (2325) 45448
FAX +49 (3212) 1019922
MOBIL: +49 (173) 5249144

Bankverbindung:
IBAN: DE15 4325 0030 0013 0035 87
BIC: WELADED1HRN
Kontoinhaber: SPD-OV-Eickel

Elisabeth Majchrzak-Frensel

Von: Campact <info@campact.de>
Gesendet: Montag, 4. Juli 2016 23:29
An: majchrzak-frensel@gmx.de
Betreff: Fwd: CETA: Es ist soweit. Das Finale.

Bewegt Politik campact!

Liebe Elisabeth Majchrzak-Frensel,

es ist passiert! Die EU-Kommission will CETA und TTIP im Eilverfahren durchdrücken, ohne dass Bundestag und Bundesrat mitentscheiden. Das ist genau das brutale Foul an uns Bürgerinnen und Bürgern, das wir befürchtet hatten.

Unsere klare Reaktion sind sieben riesige Demos mit hunderttausenden Menschen – gleichzeitig in sieben Großstädten. Damit fordern wir von Kanzlerin Merkel, die demokratiefeindlichen Pläne der EU-Kommission zu stoppen! Bitte machen Sie die Groß-Demos jetzt mit Ihrer Spende möglich. Jeder Euro zählt!

Klicken Sie hier, um das üble Foul zu ahnden

Unsere letzte Mail zu dem Thema habe ich Ihnen nochmal angehängt.

Wir setzen auf Ihre Hilfe!

Herzliche Grüße
Christoph Bautz, Campact-Vorstand

Liebe Elisabeth Majchrzak-Frensel,

unser Widerstand wirkt: CETA und TTIP wanken gewaltig. Immer mehr Länder und Regionen in Europa kündigen an, den Handelsabkommen nicht zuzustimmen. Das ist gut! Doch die EU-Kommission hat eine böse Überraschung parat: Sie überlegt, die Abkommen ganz alleine auf europäischer Ebene zu beschließen – die Parlamente der

EU-Mitgliedsstaaten würden nicht gefragt. Damit will sie uns Bürgerinnen und Bürgern die beste Möglichkeit rauben, CETA und TTIP zu stoppen. Das wäre auch Öl auf die Mühlen derjenigen, die nach dem Brexit Stimmung gegen Europa machen.

Noch aber können wir das grobe Foulspiel verhindern: Angela Merkel und Sigmar Gabriel haben stets hoch und heilig versprochen, dass am Ende Bundestag und Bundesrat über CETA und TTIP entscheiden. Nun müssen wir dafür sorgen, dass die beiden Wankelgemüter sich auf dem entscheidenenden Treffen der EU-Mitgliedsstaaten am 22. September auch tatsächlich querstellen. Gegen das bevölkerungsreichste Mitgliedsland – soviel steht fest – wird die EU-Kommission ihren Plan nicht durchsetzen können. Gelingt uns das, sind CETA und TTIP erledigt.

Sie sehen: Das Endspiel um CETA und TTIP ist angesetzt. Jetzt kommt es darauf an, dass wir alles geben – und Sie, Elisabeth Majchrzak-Frensel, dabei sind. Und zwar hierbei: Direkt vor dem entscheidenden Treffen, am Samstag, den 17. September organisieren wir nicht nur eine Großdemonstration gegen CETA und TTIP, sondern gleich sieben auf einen Streich! In Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt, Stuttgart, Leipzig und München.

Als Campact wollen wir 200.000 Euro in die Hand nehmen – eine hohe Summe. Wir haben keinen Großfinanzier, der das zahlt – und wir wollen auch keinen. Wir setzen darauf, dass jetzt viele tausend Campact-Aktive helfen – jede und jeder soviel wie sie oder er kann. Damit wäre schon die Finanzierung der Demos eine fantastische Bürgerbewegung! Und genau deshalb hoffen wir auch auf Ihre Unterstützung, Elisabeth Majchrzak-Frensel. Schon mit 5 Euro helfen Sie enorm!

Klicken Sie hier, um zu spenden

Indem wir in den größten Metropolen demonstrieren, ermöglichen wir es hundertausenden Menschen, mit dabei zu sein. Sie „fallen“ aus der Haustür direkt auf die Demo. Weit mehr als die 250.000 Menschen sollen es werden, die im Oktober in Berlin in einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbänden auf die Straße gingen.

Demonstrationen zeitgleich in sieben Städten – das ist ein unglaublicher Aufwand. Aber in den Nachrichten sorgen wir damit für die extrem wichtigen Bilder gegen CETA und TTIP.

- 3,5 Millionen Flyer haben wir angepeilt. Und die müssen gedruckt und verteilt werden. Wenn alles gut läuft, landet in fast jedem zehnten Haushalt in Deutschland ein Info-Flyer. Für die, die keinen direkt bekommen, hängen überall Plakate.

- Über unsere Kanäle in den Sozialen Netzwerken informieren wir von nun an fast täglich über unseren Plan – via E-Mail, Facebook und Twitter.

- Natürlich sollen aus ganz Deutschland engagierte Bürger/innen in eine der sieben Städte fahren können. Mit einem modernen Buskonzept soll das gelingen. Hunderte Busse haben wir eingeplant – eine logistische Mammutaufgabe.

- Mitreißende Bands und kämpferische Redner: In jeder Stadt muss eine Bühne stehen. Nur so können wir laut genug die Botschaft verbreiten, dass wir Bürgerinnen und Bürger CETA und TTIP nicht wollen.

Wir sind sicher: Wir kriegen das hin. Aber nicht ohne Sie. Wir bitten Sie daher um Ihre Hilfe. Machen Sie jetzt die riesige Aktion möglich! Schon 5 Euro bringen die Demos weit nach vorne!

Spenden Sie jetzt für die sieben Demos gegen CETA und TTIP

Mit herzlichen Grüßen
Christoph Bautz, Campact-Vorstand

PS: Das C in CETA steht für „comprehensive“ – also „umfassend“. CETA übersetzt heißt: Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen. Der Name ist Programm! Aber umfassend, das können wir auch. Mit sieben riesigen Demos in Deutschland – an einem Tag.

Hier klicken, um zu spenden

Falls Sie das bevorzugen, können Sie Ihre steuerlich abzugsfähige Spende auch direkt auf unser Aktionskonto überweisen:

Campact e.V.
Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE02251205106980810751

BIC BFSWDE33HAN

SPD-Ortsverein Röhlinghausen
Arbeitsgemeinschaft 60plus

Einladung

Zum Treffen der Arbeitsgemeinschaft der Senioren 60plus

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Freunde!
Hiermit laden wir herzlich ein zu unserem Seniorennachmittag

am	Donnerstag, dem 07. Juli 2016
um	15 Uhr
im	Volkshaus Röhlinghausen, Am Alten Hof 28

Trickdiebstahl an der Wohnungstür
-Maßnahmen gegen Wohnungseinbruch und Betrügereien-

Es spricht:
Kriminalhauptkommissar Johann Holecek

Weiteres kann zum Schluß unter „Verschiedenes“ angesprochen werden. Auch Gäste sind uns willkommen.

Mit freundlichen Grüßen
Gerd Bollmann
(Seniorenbeauftragter)

1.Vorsitzender Gerd Bollmann
Am Bollerk 13c
44651 Herne
Telefon:
Internet:
www.spd-roehlinghausen.de

Unter der Kuppel

Für Herne-Bochum II

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering und der SPD-Bundestagsfraktion

Sitzungswoche
20. Juni bis
24.. Juni

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,
die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein, die Brexit Entscheidung stellt Europa und auch Deutschland vor viele Fragen. Der Bundestag ist nach der regulären Sitzungswoche zu einer Sondersitzung zusammengekommen, um über die Auswirkungen zu debattieren. Aber auch politische Themen, die uns Sozialdemokraten seit langem beschäftigen, wurden in der letzten Sitzungswoche heiß diskutiert. Beim unkonventionellem Fracking konnte die SPD einen Durchbruch erzielen - auch gibt es neue Regelung bei der Erbschaftssteuer, die aus meiner persönlichen Sicht deutlicher hätten ausfallen können. Dennoch ein Schritt, ein guter Schritt, in die richtige Richtung. Außerdem durfte ich mit dem Star-Dirigenten Iván Fischer auf der Europakonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Kraft der Kultur für den Zusammenhalt in einem gemeinsamen Europa diskutieren. Und nicht zuletzt in Shanghai und in Peking hat sich gezeigt: Die internationalen Verbindungen werden auch zwischen den Kommunen wichtiger, gemeinsame Arbeit an Themen der Stadtentwicklung und der Technikentwicklung, von „Grünen Städten" bis zur Elektromobilität und Gütertransport, bieten große Chancen auch für das Ruhrgebiet.
Mehr dazu in diesem Newsletter

Herzliche Grüße

Michelle Müntefering

Themen in dieser Ausgabe:

Europa nach dem britischen Referendum

Unkonventionelles Fracking wird verboten

Reform der Erbschaftssteuer beschlossen

Notfallwarnsysteme können Leben retten

Kampf dem Terror— Kulturgut schützen

Michelle Müntefering zu Wirtschaftsgesprächen in China

Mehr Zeit für Vermittlung in Jobcentern

Bundestag begründet Helmut-Schmidt-Stiftung

Verhältnis zu Russland neu ordnen

Lebhafte Diskussion mit Star-Dirigent Iván Fischer

Digitale Messsysteme in neuen Energienetzen

Mulvany-Berufskolleg aus Herne im Bundestag

Sommerfest der AWO in Herne

Michelle Müntefering im Hallenbad mit den Grauwalen

Hand in Hand gegen Rassismus in Bochum

Bürgersprechstunde der Abgeordneten

TOP-THEMA

Europa nach dem britischen Referendum

Das britische Referendum wirft viele Fragen auf. Welche Lehren wird es aus dem „Brexit" ziehen? Welche Verantwortung hat Deutschland?

Unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier uns sein französischer Kollege Jean-Marc Ayrault schreiben in einem gemeinsamen Beitrag: „Die richtige Antwort kann weder in einem einfachen Rufen nach mehr Europa, noch in einer bloßen Reflektionsphase bestehen." Ihr gemeinsamer Aufruf in Auszügen:
Die britische Entscheidung bedeutet einen Einschnitt in der Geschichte der europäischen Einigung. Mit Großbritannien verliert die Europäische Union nicht nur einen Mitgliedstaat, sondern auch Geschichte, Tradition und Erfahrung, die uns auf unserem gemeinsamen Weg in den letzten Jahrzehnten geprägt hat. Auch deshalb nehmen Deutschland und Frankreich mit Bedauern zur Kenntnis, dass das britische Volk für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU gestimmt hat. Diese Entscheidung führt zu einer neuen Lage und sie wird Konsequenzen sowohl für Großbritannien, als auch für die gesamte EU haben. Die Verfahrensweise für einen ordnungsgemäßen Austritt eines Mitgliedstaats haben wir im Vertrag von Lissabon festgelegt (Artikel 50). Sobald die britische Regierung dieses Verfahren in Gang gesetzt hat, sind wir bereit, die Institutionen bei den Verhandlungen zur Klärung der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu unterstützen.
Der Fall Großbritannien ist ein Fall sui generis. Aber wir dürfen auch nicht die Augen davor ver-

schließen, dass die Unterstützung und Leidenschaft für unser gemeinsames Projekt im letzten Jahrzehnt in Teilen unserer Gesellschaften nachgelassen haben. Die richtige Antwort kann weder in einem einfachen Rufen nach „mehr Europa“, noch in einer bloßen Reflexionsphase bestehen. Um eine schleichende Aushöhlung unseres Einigungsprojekts zu verhindern, müssen wir uns stärker auf das Wesentliche konzentrieren und die konkreten Erwartungen unserer Bürger erfüllen. Sie stellen nicht die EU als solche infrage, sondern sind in Teilen mit ihrer Funktionsfähigkeit unzufrieden. Wir haben daher eine doppelte Aufgabe: Unsere gemeinsame Politik müssen wir strikt auf jene Herausforderungen konzentrieren, die nur durch gemeinsame europäische Antworten bewältigt werden können. Alle anderen Themen müssen wir nationalen oder regionalen Entscheidungsprozessen überlassen. Und wir müssen besser darin werden, Ergebnisse zu liefern bei den Themen, auf die wir uns konzentrieren wollen. Europa ist auf die Probe gestellt. Wir sehen, dass Terroristen versuchen, Angst in unseren Gesellschaften zu verbreiten und deren Spaltung zu bewirken. Wir sehen uns inneren und äußeren Herausforderungen gegenüber, die immer stärker miteinander verwoben sind. Die Verbindung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt bildet das Herzstück unseres europäischen Modells. Dieses gilt es zu bewahren und hierbei unsere gemeinsamen Werte nach innen und nach außen zu verteidigen. In diesem Geist haben wir uns auf die nachfolgenden Vorschläge verständigt.

Eine europäische Sicherheitsagenda

Wir sehen die EU als einen Akteur mit Gestaltungsanspruch in ihrer direkten Nachbarschaft, aber auch als einen Akteur, der für Frieden und Stabilität weltweit eintritt. Einen Akteur, der in der Lage ist, einen entscheidenden Beitrag angesichts weltweit gestiegener Sicherheitsherausforderungen zu leisten. Der in der Lage ist, eine regelbasierte internationale Ordnung zu fördern, die sich auf strategische Stabilität stützt und auf einem friedlichen Interessenausgleich beruht. Wir haben bereits beträchtliche Fortschritte erreichen können. Diese verdienen Anerkennung und können Ausgangspunkt neuer gemeinsamer Projekte sein

Eine gemeinsame Europäische Asyl-und Einwanderungspolitik

Die große Mobilität in Richtung Europa ist die zentrale Herausforderung für die Zukunft unseres Kontinents .Auf diese Herausforderung darf es keine unilateralen nationalen Antworten geben, denn Migration ist eine Herausforderung des 21. Jahrhunderts für ganz Europa. Unsere Bürger erwarten von uns, dass wir die Kontrolle über unsere Außengrenzen wiedererlangen und gleichzeitig unsere europäischen Werte bewahren. Hierfür müssen wir gemeinsam handeln. Deutschland und Frankreich sind überzeugt, dass es an der Zeit ist, eine wirklich integrierte europäische Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu begründen. Angesichts der Dringlichkeit schließen wir nicht aus, dass wir mit einer Gruppe von Mitgliedstaaten vorangehen, die unsere Auffassung einer gemeinsamen Verantwortung teilen.

Wachstumsförderung und Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion

Unsere gemeinsame Währung ist das sichtbarste und ehrgeizigste Unterfangen der europäischen Einigung. Der Euro hat dazu beigetragen, einen gemeinsamen Wirtschaftsraum aufzubauen und unsere Staaten vor internationaler Spekulation zu schützen. Der Euro ist Symbol unseres Bekenntnisses zur Unumkehrbarkeit des europäischen Einigungswerks. Wir müssen jedoch auch eingestehen, dass durch die Krise Defizite offenkundig wurden, die bei den Bürgern Zweifel ausgelöst haben, ob die gemeinsame Währung ihre Versprechungen einlöst und die sogar die Tragfähigkeit des gesamten Projekts in Frage gestellt haben. Daher müssen wir in drei Bereichen gleichzeitig vorankommen: Wir müssen die wirtschaftliche Konvergenz stärken, die soziale Gerechtigkeit und die demokratischen Steuerung ausbauen und die Schockresistenz verbessern, um die Unumkehrbarkeit des Euro sicherzustellen.

Der gesamte Text kann per E-Mail bei uns angefordert oder im Wahlkreisbüro an der Bochumer Straße 26 abgeholt werden. Die Sondersitzung zum „Brexit“ des Deutschen Bundestages ist auf www.bundestag.de einsehbar.

UMWELT

Unkonventionelles Fracking wird verboten

Mehr als ein Jahr lagen die Gesetzentwürfe zur Regulierung des Frackings und der Erdgasförderung in Deutschland vor. Sie lagen auf Eis. Die Zeit drängte, denn bisher war nach Rechtslage Fracking erlaubt. Und Anträge auf Fracking-Maßnahmen von Unternehmen sollten demnächst gestellt werden. Am Dienstag ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, mit der Union eine Einigung zu erzielen, die lange nicht möglich schien.

„Unkonventionelles Fracking wird verboten, die Erdgasförderung in Deutschland wird sauber und Forschung gibt es nur mit Zustimmung der Länder“, so SPD-Fraktionsvizin Ute Vogt. „Das Fracking-Verbot, das wir durchgesetzt haben, ist ein großer Erfolg für den Schutz von Mensch, Natur und Trinkwasser“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

Die wichtigsten Punkte der gesetzlichen Regelung:

1. Unkonventionelles Fracking wie in den USA in Schiefer-, Ton- oder Mergelgestein oder Kohleflözgestein zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdgas und Erdöl wird unbefristet in Deutschland verboten.
2. Der Deutsche Bundestag überprüft im Jahr 2021 das Verbot von unkonventionellem Fracking. Das Parlament entscheidet dann, ob es beim Verbot bleiben soll oder nicht. Kommt der Bundestag zu keinem Ergebnis, gilt das Verbot unbefristet fort.
3. Zur wissenschaftlichen Erforschung von unkonventionellem Fracking werden bundesweit maximal vier Probebohrungen erlaubt. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung der jeweiligen Landesregierung. Eine Expertenkommission begleitet Probebohrungen wissenschaftlich und berichtet dem Bundestag.
4. Die Regeln für die herkömmliche Erdgasförderung, bei der auch das konventionelle Fracking angewandt wird, werden erheblich verschärft.

Aus der Debatte

„Nach einem Jahr intensiver Beratung ist das heute vorliegende Gesetzpaket ein Riesenerfolg für das deutsche Parlament“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagfraktion, Matthias Miesch in der Plenardebatte am Freitag. Noch vor einem Jahr habe man heftig gestritten, und nun gebe es erstmals ein Verbot von unkonventionellem Fracking und das unbefristet und bundesweit.

„Wenn der BDI und die Erdgaswirtschaft sagen, dass wir Fracking im Schiefergestein (unkonventionelles Fracking, Anm. d. R.) verbieten, dann können sie es denen glauben, wenn sie uns nicht glauben“ bekräftigte der stellvertretende umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Frank Schwabe gegenüber Kritik aus den Reihen der Opposition.

Und auch die Grünen hätten dort, wo sie Verantwortung in den Landesregierungen haben – wie in Niedersachsen –, nie ein komplettes Verbot von Erdgasförderung gefordert, stellte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bernd Westphal, fest.

Die vereinbarten Regelungen gingen über die Anforderungen im Koalitionsvertrag hinaus, sagte Johann Saathoff, zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion. Sie seien nun im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gründlich und rechtssicher.

Umfangreiche Erläuterungen zum Gesetzespaket und zum Thema Fracking und Erdgasförderung gibt es hier in einem FAQ:
http://www.spdfraktion.de/themen/faq-fracking-ergasfoerderung

Zur Einschätzung des Erfolges empfehle ich die Kommentare in der Süddeutschen Zeitung und der TAZ vom 21. Juni 2016
http://taz.de/Kommentar-Geplantes-Fracking-Gesetz/!5315884/
http://www.sueddeutsche.de/politik/fracking-bohren-verboten-1.3044606

FINANZEN

Reform der Erbschaftssteuer beschlossen

Der Bundestag hat eine Reform der Erbschaftsteuer mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes in 2./3. Lesung verabschiedet.

Für die SPD-Fraktion ist das neue Gesetz im Rahmen der Möglichkeiten ein gutes Gesetz. Dieser Rahmen war allerdings auch sehr eng. Das hat einerseits an den Vorgaben des Verfassungsgerichts gelegen, und andererseits musste die Koalition einen Kompromiss finden. Die SPD-Fraktion hätte sich angesichts der jedenfalls nicht gesellschaftsstabilisierenden Vermögensverteilung in Deutschland eine weitergehende Regelung vorstellen können, die trotz der Sicherung der Arbeitsplätze zu einer gerechteren Besteuerung großer Betriebsvermögen geführt hätte.

Vermögen sind in Deutschland ungleich verteilt. Eine faire Erbschaftsteuer, die die Übertragung großer Vermögen besteuert, wirkt dieser ungleichen Verteilung entgegen. Gleichzeitig dürfen Arbeitsplätze bei der Vererbung von Betriebsvermögen nicht gefährdet werden. Eine steuerliche Verschonung von betriebsnotwendigem Vermögen ist deshalb gerechtfertigt. Mit der Umsetzung der vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Reform der Erbschaftsteuer ist es gelungen, die Begünstigung von Betriebsvermögen gerecht und verfassungsfester zu gestalten.

Dieses Vorhaben ist den Sozialdemokraten trotz heftigen Widerstands der CSU gelungen: Arbeitsplätze zu schützen, pauschale Ausnahmen und Besserstellungen von reichen Unternehmenserben deutlich zurückzufahren und zu beschränken, das Privatvermögen dieser Personen mit einzubeziehen, auch und nach dem Tod des Erblassers bereits geplante Investitionen für den Betrieb zu ermöglichen.

Die Details:

Die geplante Reform setzt die Vorgaben des Gerichts um: Bei großen Vermögen ab 26 Millionen Euro müssen die Erben künftig im Rahmen einer Bedürfnisprüfung nachweisen, dass die Begleichung der Steuerschuld sie finanziell überfordert. Hierbei wird auch das private Vermögen der Erben miteinbezogen. Die Erben müssen die Erbschaftsteuer entrichten, wenn dafür die Hälfte des übertragenen, nicht betriebsnotwendigen Vermögens und des Privatvermögens ausreicht. Genügt dieses Vermögen nicht, um die Erbschaft- oder Schenkungsteuer betragsmäßig zu begleichen, wird die Steuer insoweit erlassen.

Änderungen der Koalitionsfraktionen:

Ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen hat zu einigen Anpassungen gegenüber dem Regierungsentwurf geführt:

- Der Abschmelztarif wurde verschärft. Ab einem begünstigen Betriebsvermögens von 90 Millionen Euro pro Erben wird nunmehr keine Verschonung mehr gewährt.

- Für Familienunternehmen mit Verfügungsbeschränkungen bei der Anteilsweitergabe wird ein Abschlag von maximal 30 Prozent bei der Bestimmung des Unternehmenswerts eingeführt.

- Um eine Überbewertung von Unternehmen in Zeiten niedriger Zinsen zu vermeiden, wird der beim sogenannten vereinfachten Ertragswertverfahren für die Bestimmung des Unternehmenswerts maßgebliche Kapitalisierungsfaktor angepasst.

- Es wird eine Investitionsklausel eingeführt. Mittel aus einem Erbe, die nach dem Willen des Erblassers binnen zwei Jahren in das Unternehmen investiert werden, werden steuerlich begünstigt.

- Bei Erwerben von Todes wegen, bei denen nach der Bedürfnisprüfung kein Steuererlass gewährt wird, wird ein Rechtsanspruch auf eine voraussetzungslose und zinslose Stundung der Steuerschuld bis zu zehn Jahren eingeführt.
- Kleinbetriebe mit bis zu fünf Arbeitnehmern werden von der Nachweispflicht der Einhaltung der Verschonungsvoraussetzungen, d. h. der Einhaltung der Lohnsummenregelung, befreit. Im Gesetzentwurf lag die Grenze bei drei Arbeitnehmern.

Wer die Debatte noch einmal nachverfolgen möchte, kann sich die Diskussion zur Reform der Erbschaftssteuer und die Argumentation der SPD-Fraktion auf den Internetseiten des Bundestages nachträglich ansehen. https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw25-de-erbschaftssteuer/429002

UNWETTER

Michelle Müntefering: „Notfallwarnsysteme können Leben retten“

Angesichts der Unwetter in den vergangenen Wochen weist die SPD-Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering auf die Nützlichkeit von Notfallwarnsystemen wie NINA oder WarnWetter hin.

„Rechtzeitige Information und Warnung kann dazu beitragen, Schäden zu minimieren oder im Ernstfall sogar Leben zu retten“, so Michelle Müntefering.

„Bei dem Notfallwarnsystem NINA handelt es sich um das Warnsystem des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), über das man auf dem Smartphone standortbezogene Warnungen vor Unwettern und bei anderen Gefahrenlagen wie etwa Gefahrstoffaustritt oder Bombenentschärfungen beziehen kann. Gleichzeitig kann man über das System Notinformationen, etwa an Angehörige, versenden.

Darüber hinaus gibt es das Unwetterwarnsystem „WarnWetter“ des Deutschen Wetterdienstes, das in beide Systeme eingebunden ist, über das man aber auch separat Warnungen und Informationen über besondere Wetterlagen wie Starkregen, Gewitter, Sturm oder auch Hitzeperioden beziehen kann“, informiert die SPD-Politikerin

Alle Warnsysteme stehen als Apps für iPhone- oder Android-Systeme zur Verfügung und können in den jeweiligen App-Stores heruntergeladen werden. Informationen dazu gibt es auch im Internet unter:

http://www.bbk.bund.de/DE/NINA/WarnApp_NINA.html
https://www.katwarn.de/
http://www.wettergefahren.de/warn_wetter_app.html.

KULTURPOLTIK

Kampf dem Terror - Kulturgut schützen

Der Bundestag beschloss in der letzten Sitzungswoche das Kulturgutschutzgesetz, in dem u.a. der Schutz von Kulturgütern geregelt wird. Illegaler Kulturguthandel soll zukünftig noch effektiver bekämpft werden, auch um die illegale Finanzierung durch Handel mit wertvollen Antiquitäten zu unterbinden. Um das Kulturgutschutzgesetz, das ebenfalls die Ein– und Ausfuhr von Kunst an europäische Regelungen anpasst gab es in den letzten Monaten eine kontroverse Debatte.

Die SPD-Fraktion konnte umfangreiche Änderungen am Gesetzentwurf der Bundesregierung durchsetzen. „Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes setzen die Koalitionsfraktionen eines der wichtigsten kulturpolitischen Vorhaben dieser Legislaturperiode um“, betonen der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Dörmann, und der zuständige Fraktionsberichterstatter Siegmund Ehrmann. Das neue Kulturgutschutzgesetz fasst die derzeit drei Gesetze zum Kulturgutschutz zusammen und berücksichtigt die neuesten EU-Richtlinien.

Praxisnahe Neuregelungen

In den parlamentarischen Verhandlungen der vergangenen Wochen konnten die SPD-Kulturpolitikerinnen und -politiker viele wichtige Impulse aus Expertenanhörungen aufnehmen. Viele Neuregelungen, die in die Beschlussempfehlung des Kulturausschusses aufgenommen wurden, sind dadurch praxisnaher und rechtssicherer ausgestaltet als im ursprünglichen Regierungsentwurf. Das gilt besonders für viele Fragen nach einer gerechten Balance zwischen dem effektiven Schutz von national wertvollem Kulturgut und den Interessen der Eigentümer.

AUSSENPOLITIK

Gespräche zu Wirtschaft und Zusammenarbeit in China

Michelle Müntefering ist in der vergangenen Woche nach Shanghai und Peking gereist. Sie traf dort unter anderem chinesische Firmen, die in Deutschland investieren sowie die staatliche Entwicklungsgesellschaft „Urban Development Center" besucht, die für die Entwicklung von 1000 chinesischen Kommunen innerhalb der nächsten 5 Jahre verantwortlich ist. Hierbei ging es vor allem um die Herausforderungen bei der Planung so genannter „Grüner Städte" und um Elektrofahrzeuge.

Michelle Müntefering im „China Center for Urban Develompent" in Shanghai.

Parallel zu den Regierungskonsultationen der Bundesregierung wurden Müntefering und ihr Ausschuss-Kollege Omid Nouripour (Grüne) unter anderem von der internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei, der Militärakademie und dem Germanistik-Institut der Shanghai International Studies Universität (SISU) empfangen. Bei Gesprächen mit bekannten Menschenrechtsanwälten und einem Internet-Blogger wurde auch über die Entwicklung der Menschen-, und Freiheitsrechte in China gesprochen. Als Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik traf Michelle Müntefering außerdem die Vertreter des Goethe-Instituts, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes, die Leitung des Deutsch-Chinesischen Filmfestivals Shanghai und eine bekannte chinesische Drehbuchautorin.

„.Das Ruhrgebiet wird als einzige Region in der gemeinsamen Erklärung der beiden Regierungen erwähnt. Das ist von außerordentlicher Bedeutung und zeigt den besonderen Stellenwert, die unsere Region in China genießt. Deutschland hat zu China eine besondere Beziehung, die viele Chancen, auch für Herne bietet. In NRW gibt es mittlerweile 900 chinesische Unternehmen. Ich hoffe, dass bereits erkennbare und neue Probleme, wie der Bereich der Menschenrechte und das neue NGO-Gesetz zukünftig wieder abgebaut werden können. Deutschland kann dabei auch weiter eine gute und konstruktive Rolle einnehmen", so Müntefering.

JOBCENTER

Mehr Zeit für Vermittlung und Betreuung

Mit dem neuen Gesetz zur Rechtsvereinfachung im Sozialgesetzbuch II werden bürokratische Hürden nun abgebaut und Verwaltungsvorgänge vereinfacht, um Langzeitarbeitslosen besser helfen zu können. Dazu sagt Michelle Müntefering: „Für Alleinerziehende und den umgangsberechtigten Elternteil bleibt es beim geltenden Recht. Hier wird es keine gesetzlichen Änderungen geben, die möglicherweise zu Nachteilen für die Kinder führen könnten. Ich freue mich, dass die SPD dies in den Verhandlungen durchsetzen konnte. Weiterhin haben sich die Koalitionsfraktionen auch auf eine Verlängerung der öffentlich geförderten Beschäftigung im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit verständigt. Zukünftig können Langzeitarbeitslose in einem Zeitraum von fünf Jahren drei Jahre eine solche Beschäftigung ausüben. Es wird zudem gesetzlich klargestellt, dass die Verletzung von Mitwirkungspflichten im SGB II bei der Beantragung einer vorgezogenen Rente wegen Alters nicht sanktioniert wird. Daher wird es auch nicht vermehrt zu Renten mit Abschlägen kommen. Auch die Förderung von Arbeitslosengeld II Beziehenden in Ausbildung wird verbessert. Menschen, dies es besonders schwer haben, beruflich wieder Fuß zu fassen, brauchen diese Unterstützung. Nur so kann Armut, auch im Alter, vorgebeugt werden.

KULTUR

Bundestag begründet Helmut-Schmidt-Stiftung

Vor gut sieben Monaten bewegte der Tod von SPD-Altkanzler Helmut Schmidt die Republik. Nun richtet der Bund zu seinen Ehren eine Stiftung ein, die sich nicht nur mit dem Wirken Schmidts, sondern auch der geopolitischen Zukunft Deutschlands beschäftigen soll.

Im November 2015 ist Altkanzler Helmut Schmidt (SPD) im Alter von 96 Jahren gestorben – sein politisches Erbe soll nun in Form einer Bundesstiftung weiterleben. Gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner CDU/CSU hat die SPD-Fraktion an diesem Donnerstag im Bundestag einen Gesetzentwurf zum Aufbau einer „Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung“ vorgelegt (Drs. 18/8858). Die Oppositionsfraktionen hatten bereits im Vorfeld ihre Zustimmung zum Vorhaben gegeben, so dass der Gesetzentwurf vom Bundestag beschlossen wurde.

Der Erlass des Gesetzes ist die Voraussetzung für die Errichtung einer rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts durch den Bund. Geplant ist, dass der Bund die Arbeit der Stiftung mit jährlich rund 2 Millionen Euro unterstützt.

Zentrale Fragen des 21. Jahrhunderts auswerten

Helmut Schmidt hat sich stets für die Freiheit und die Einheit des deutschen Volkes, für den Frieden und die Einigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern eingesetzt. Zweck der Stiftung ist es, das Andenken an sein politisches Erbe zu wahren. Die in Hamburg ansässige „Bundeskanzler-Helmut-Schmidt -Stiftung“ soll daher einerseits das Wirken des populären Staatsmannes auswerten und sich um das Wohnhaus der Schmidts in Hamburg-Langenhorn und da dort ansässige Helmut-Schmidt-Archiv kümmern, und andererseits vertiefende Analysen zu Deutschlands künftiger Rolle und Verantwortung in der Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik liefern. Die gewonnenen Kenntnisse sollen einen Beitrag zum Verständnis der Zeitgeschichte und der weiteren geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland leisten.

Im geplanten sechsköpfigen Stiftungskuratorium werden für die SPD-Fraktion voraussichtlich Johannes Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher und Abgeordneter aus Schmidts Wahlheimat Hamburg, und der ehemalige SPD-Finanzminister Peer Steinbrück sitzen. Steinbrück, der bereits Vorsitzender der privaten Helmut-und-Loki-Schmidt-Stiftung ist. dankte allen Fraktionen für ihre Unterstützung: „Die Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung wird das Wirken von Helmut Schmidt nicht nur würdigen, sondern auch für die zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts auswerten.“

Kahrs legt nach eigenen Aussagen darauf Wert, dass die Stiftung nicht nur die Erinnerung an einen großen Staatsmann und aufrechten Sozialdemokraten bewahre, sondern vor allem seine Mahnung in die Tat umsetze, „das langfristig Notwendige im Blick zu haben“.
Ein internationaler Beirat soll das Kuratorium und den Vorstand der Bundesstiftung ehrenamtlich beraten.

Über Helmut Schmidt

Helmut Schmidt war von 1974 bis 1982 als Nachfolger von Willy Brandt Bundeskanzler, nachdem er von 1953 bis 1962 SPD-Bundestagsabgeordneter, von 1967 bis 1969 Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und im Kabinett von Willy Brandt zunächst Verteidigungs- und später Wirtschafts- und Finanzminister war. Zu den größten Herausforderungen seiner Kanzlerzeit gehörten die Ölkrise in den 70er-Jahren und der Kampf gegen den Terror der „Roten Armee-Fraktion“. Schmidt war bis zu seinem Tod einer der populärsten Politiker in Deutschland und wurde insbesondere für seine hohe fachliche Kompetenz, seine strategische Weitsicht und seine politische Gradlinigkeit geschätzt.

AUSSENPOLITIK

Verhältnis zu Russland neu ordnen

Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Blockkonfrontation steht Europa wieder vor großen politischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen. Konfrontative Sprach- und Verhaltensmuster, die wir für überwunden hielten, sind auf die politische Bühne zurückgekehrt. Die europäische Sicherheitspolitik nach Ukrainekrise und Krim-Anektion muss ebenso wie das Verhältnis zu Russland noch gestaltet werden. Hierzu hat die SPD-Bundestagsfraktion ein Strategiepier mit dem Titel „Stärke zeigen allein genügt nicht. Für eine glaubwürdige und kooperative Sicherheits- und Friedenspolitik in und für Europa“ herausgegeben.
Das Papier kann im Wahlkreisbüro per Mail angefordert werden:
michelle.muentefering.ma04@

KULTUR

Lebhafte Diskussion mit Star-Dirigent Iván Fischer

Michelle Müntefering diskutierte bei der Konferenz „Europe calling“ der Friedrich-Ebert-Stiftung über die Bedeutung von Kulturpolitik für ein gelingendes Europa mit dem ungarischen Dirigenten und **Komponisten Iván Fischer**.

Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung diskutierten der Star-Dirigent Iván Fischer und Michelle Müntefering über die Kraft und Wirkungsmacht von Kunst und Kultur für ein gelingendes Europa. Der Ungar Iván Fischer vertrat als überzeugter Europäer auf der Konferenz „Europe calling“ eine klare Position für ein gemeinsames Europa. Mit seinem Budapest Festival Orchestra veranstaltet er seit Jahren das Festival „Bridging Europe“, das die Vielfalt des Kontinents repräsentiert. Michelle Müntefering erinnerte angesichts der Rückkehr von Nationalismen in Europa an den ehemaligen Präsidenten der Akademie der Künste, Adolf Muschg, der sagte: „Europa wird ein kulturelles Projekt, oder es wird sich auch politisch nicht halten lassen.“

Europäischer Fernsehsender

Müntefering forderte: „Auch angesichts der verschiedenen Sprachen, die wir in Europa sprechen, brauchen wir, viel stärker noch als bisher, eine echte kulturelle Klammer. Dazu könnte etwa ein internationaler, europäischer Fernsehsender beitragen. Das, was wir mit Arte im deutsch-französischen Austausch geschaffen haben, das muss auch in Europa möglich sein. Dies könnte die kulturelle Vielfalt Europas bis in die Wohnzimmer der Menschen bringen.“

ENERGIE

Digitale Messsysteme in neuen Energienetzen

Unser Energieversorgungssystem wird immer mehr aus wetterabhängigen Energiequellen wie Sonne und Wind gespeist. Dabei muss das Versorgungssystem flexibel auf Angebot und Nachfrage reagieren können. Diese Aufgabe werden künftig digitale Messsysteme in neuen Energienetzen übernehmen. Zunächst werden Großverbraucher diese installieren. Durch Preisobergrenzen ist der Verbraucherschutz gewahrt. Datensicherheit und Datenschutz sind auf hohem Niveau gesichert.

Datensicherheit und Datenschutz haben Priorität

Beim Einsatz der intelligenten Messsysteme spielen Datenschutz und Datensicherheit – auch der Schutz vor Hacker-Angriffen – eine entscheidende Rolle. Deshalb gehört zu dem Gesetzentwurf ein umfangreiches Paket mit technischen Richtlinien und Schutzprofilen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Zudem ist eine Zertifizierung der intelligenten Messsysteme durch das BSI vorgesehen, die sicherstellt, dass die definierten Anforderungen für Datenschutz und Datensicherheit erfüllt werden. Darüber hinaus enthält der Gesetzentwurf technische Vorgaben für die „Smart Meter“ sowie Zuständigkeiten des Messstellenbetriebs und der Informationsweitergabe.

BESUCH

Mulvany-Berufskolleg im Bundestag

Stellvertretend für über 70 Schülergenossenschaften in Nordrhein-Westfalen haben Schülerinnen und Schüler des Mulvany Berufskollegs aus Herne sowie das Erich-Gutenberg-Berufskolleg aus Bünde die Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering und Stefan Schwartze in Berlin besucht.

Eigenes Schulcafé als Unternehmen

Ihr eigenes Schülercafé eröffneten die Schülerinnen und Schüler des Mulvany-Berufskolleg bereits vor Jahren unter dem Namen „Schoolbucks". „Fair Share" lautet der Name des Projekts, das die Schule gemeinsam mit dem Genossenschaftsverband NRW erfolgreich betreibt. Dabei funktioniert die Cafeteria ganz so wie ein richtiges Unternehmen. Die Schülerinnen und Schüler lernen dabei die Grundlagen des genossenschaftlichen Unternehmertums mit seinen drei grundlegenden Wesensprinzipien kennen: Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung. Es gibt eine eigene Aufsichtsratsstruktur, feste Absprachen in den Ausschüssen sowie Personal für den Einkauf. „Dieses Projekt ist eine hervorragende praktische Übung für den Berufsalltag", so Michelle Müntefering.

Dass sich „Schoolbucks" in Herne längst bewährt hat, zeigt nicht zuletzt seine Langlebigkeit. Zu den Besuchern in Berlin gehörten sowohl die Gründer des Schülercafés als auch bereits die nächste Generation, die das Schülercafé aktuell betreibt.

Nahere Informationen zu dem Projekt unter:
http://www.schuelergeno.de/schuelergenossenschaften/startseite.html

SOMMERFEST

Musik und Malerei bei der AWO

Beim Sommerfest der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Ruhr-Mitte legte Michelle Müntefering beim Kinderschminken gerne selbst Hand an. Aufgrund des schlechten Wetters mussten die Aktionen für die Kleinen auf die Kindergartenräume verlagert werden. Schutz vor dem Regen fanden die Besucher unter den Pavillons, die im Garten aufgestellt wurden. Für gute Stimmung sorgten trotz des Regens die Trommel-Kombo „Les Djembistes“ sowie die zahlreichen gut gelaunten Besucher.

SPORT

Im Hallenbad bei den „Grauwalen“

Das Hallenbad Eickel soll zwar bald abgerissen werden, dafür aber werden die Mitglieder des Tauchvereins **„Grauwale“** ihre Kurse in der Schwimmhalle des „Otto-Hahn-Gymnasiums“ sowie im „Südpol“ an der Bergstraße fortsetzen. Neben dem regelmäßen Training veranstaltet der Verein auch Tauchfahrten zu den heimischen Seen.

Thomas Fingerhut, Michelle Müntefering und Petra Fingerhut vom Verein der Grauwale zeigen das Taucherzeichen „O“ für o.K.

MENSCHENRECHTE

Hand in Hand gegen Rassismus

Für die Aktion „Hand in Hand—Gegen Rassismus“ kamen 8500 Menschen in Bochum zusammen. Auch die Bundestagsabgeordnete Michelle Müntefering und der der Landtagsabgeordnete Serdar Yüksel waren Teil der Menschenkette und setzten somit ein Zeichen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für Vielfalt, Toleranz und ein buntes Miteinander! Die Aktion lief darüber bundesweit.

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Fragen und Anregungen an die Abgeordnete

Regelmäßig lädt Michelle Müntefering zur Bürgersprechstunde ein, so auch am Mittwoch, 13. Juli. In der Zeit von 16 Uhr bis 18 Uhr können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Abgeordneten im Wahlkreisbüro an der Bochumer Straße 26 treffen und ihre Anliege vor Ort persönlich mit der Bundestagsabgeordneten besprechen. Eine Anmeldung ist erforderlich unter Tel.: 0 23 23/94 91 35

IMPRESSUM:

Michelle Müntefering , MdB

Michelle Müntefering
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 / 227 - 7 31 34
www.michelle-muentefering.de

Wahlkreis:
Bochumer Str. 26
44623 Herne
Telefon: 0 23 23/94 91 35
Fax: 0 23 23/94 91 16
E-Mail:
michelle.muentefering@bundestag.de